

Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Europaparlament (19. November 1981)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 23.11.1981, Nr. 110. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_hans_dietrich_genscher_vor_dem_europaparlament_19_november_1981-de-5161b54d-6d32-43cb-ac4e-51cab003d221.html

Publication date: 22/10/2012

Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Europaparlament (19. November 1981)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen dafür danken, daß Sie mir Gelegenheit geben, vor diesem Hohen Hause die Vorstellungen der Bundesregierung über die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union darlegen zu können. Es steht mir, Frau Präsidentin, selbstverständlich nicht zu, ein Urteil darüber abzugeben, ob das Parlament sich davor schützen muß, daß es von Anfang an in die Behandlung dieser Initiative einbezogen wird.

Die Bundesregierung hat ihre Initiative in Abstimmung mit der Regierung Italiens entwickelt. Der Entwurf für eine Europäische Akte ist als gemeinsamer deutsch-italienischer Vorschlag den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten, der Präsidentin dieses Hohen Hauses und dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zugegangen.

Wir hoffen, daß diese Initiative die aktive Unterstützung des Europäischen Parlaments findet, dem nach der Überzeugung der Bundesregierung bei der Entwicklung zur Europäischen Union eine zentrale Rolle zukommt. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung.

Die Europäische Gemeinschaft befindet sich heute in der wirtschaftlich schwierigsten Lage seit ihrer Gründung: Das reale Sozialprodukt sinkt in diesem Jahr um etwa 0,5 Prozent, die Inflation steigt auf etwa 11,5 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen erreichte schon im Juli die 9-Millionen-Grenze und wächst weiter. Von den 9 Millionen Arbeitslosen sind 4 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren. Im Außenhandel hatte die Gemeinschaft 1980 ein Defizit von fast 120 Milliarden DM. Gegenüber den industriellen Hauptkonkurrenten USA und Japan betrug das Defizit dabei 45 beziehungsweise 20 Milliarden DM. Unsere Länder - darüber kann kein Zweifel bestehen - können diese schwere wirtschaftliche Herausforderung nur gemeinsam bestehen.

Frau Präsidentin, bei den wirtschaftlichen Problemen, vor denen wir stehen, geht es um die wirtschaftlichen Fundamente unserer Demokratien ebenso wie der Europäischen Gemeinschaft.

Dennoch dürfen wir unsere Anstrengungen nicht allein auf die Wirtschaftsfragen konzentrieren. Wir müssen vielmehr den Blick auf das große Ziel der politischen Einigung Europas richten. Denn gerade aus diesem Ziel werden wir Kraft zu solidarischem Handeln schöpfen, werden wir die Kraft schöpfen zu Entscheidungen auch in Wirtschaftsfragen, die nicht Flickwerk bedeuten, sondern wirkliche vorwärtsweisende Lösungen, zu Entscheidungen also, die nicht im nationalen Egoismus steckenbleiben, von dem niemand frei ist, auch mein Land nicht, sondern dynamisch aus der Krise heraus und über sie hinweg führen.

Im Anfang all dessen, was wir im Aufbau Europas erreicht haben, stand die Sehnsucht nach einem Vereinigten Europa. Die Montan-Union, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft, sie sollten niemals nur Wirtschaftsgemeinschaften sein, sondern Schritte auf dem Weg zu einem Vereinigten Europa.

Die weit verbreitete Hoffnung, daß wirtschaftliche Sachzwänge automatisch die politische Einigung herbeiführen würden, erwies sich als eine Illusion. Europa entsteht nicht technokratisch, unser Handeln ist gefordert.

Die wirtschaftlichen Sachzwänge sind stärker als je. Über schwierigen Auseinandersetzungen über Agrarpreise und Überschüsse, über Fischerei, über Nettosaldo und nationale Subventionen gerät die Europäische Gemeinschaft in Gefahr, das Engagement, ja die Zustimmung ihrer Bürger zu verlieren. Es ist deshalb hohe Zeit zu einer politischen Besinnung.

Das große Ziel der politischen Einigung, der Europäischen Union, muß wieder zu einem Mittelpunkt der Diskussion in den europäischen Institutionen und in der europäischen Öffentlichkeit werden.

Diesem Ziel dient die deutsch-italienische Initiative für die Europäische Union. Sie kann nicht die Anstrengungen für eine Lösung der anstehenden wirtschaftlichen Fragen ersetzen, aber sie muß sie begleiten, sie ergänzen und ihnen die Dimension der politischen Finalität geben.

Bei unserer Initiative geht es im Grundsatz um dreierlei:

Erstens: Sie soll weithin sichtbar das umfassende politische Ziel der Einigung Europas vor unser aller Augen stellen. Europäisches Handeln findet statt in fünf großen Bereichen:

der Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Gerichtshof.

Einmal vollendet, wird die Europäische Union ein Gemeinwesen eigener Art sein, das sich mit den traditionellen Begriffen des Bundesstaates und des Staatenbundes nicht fassen läßt.

Die Europäische Akte, die wir jetzt vorschlagen, hat deshalb die Aufgabe, für diesen vielverzweigten Prozeß der europäischen Einigung und des europäischen Handelns das Ziel der Europäischen Union festzulegen. In einer Deklaration von hohem politischen Rang sollen sich die Mitgliedstaaten auf dieses Ziel verpflichten.

Zweitens: Die Europäische Akte soll für die fünf großen institutionellen Bereiche der Zusammenarbeit einen Gesamtrahmen schaffen.

Wir wollen damit das Erreichte festigen, ungeschriebene Praktiken der Zusammenarbeit formalisieren und sichern, Anstöße geben für eine Weiterentwicklung des Bestehenden, und wir wollen vor allem ein kohärentes Zusammenwirken der beteiligten Institutionen miteinander vorantreiben. Die Akte enthält deshalb Vorschläge zum Beispiel für den Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und sie fordert, die Entscheidungsstrukturen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit unter der Verantwortung des Europäischen Rats zusammenzuführen.

Die Handlungsfähigkeit Europas auch nach außen macht es notwendig, die Außenpolitik der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und die Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft zu einer kohärenten und umfassenden europäischen Politik zu integrieren.

Ein besonderes Anliegen ist es, Zusammenarbeit und Dialog zwischen Europäischem Parlament und Gemeinschaft, Europäischer Politischer Zusammenarbeit sowie Europäischem Rat kräftig weiterzuentwickeln und die Mitwirkungs- und die Kontrollfunktionen des Parlaments zu stärken. Wir greifen deshalb eine Reihe von Forderungen des Parlaments auf und versuchen ihnen, soweit es ohne Änderungen der Verträge möglich ist, zu entsprechen. Hier geht es um die demokratische Legitimation der Gemeinschaft. Ein starkes Parlament ist ein Motor für die europäische Einigung und ein Zentrum europäischen Bewußtseins. Ich möchte für die Bundesregierung hinzufügen, daß wir uns erhoffen, daß aus den Beratungen des Europäischen Parlaments gerade für diesen Bereich zusätzliche Anregungen kommen, die wir bei der Meinungsbildung im Ministerrat gern berücksichtigen wollen.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, die europäischen Entscheidungsprozesse zu verbessern. Wir plädieren insbesondere dafür, in den Ministerräten die von den Verträgen vorgesehene Mehrheitsentscheidung auch in der Praxis wieder zur Regel, und die Berufung auf „vitale Interessen“ zur Ausnahme zu machen.

Drittens: Das bisher Beschriebene zielt darauf, das in der europäischen Einigung bisher Erreichte zusammenzufassen und die in ihm angelegten Möglichkeiten zur Weiterentwicklung auszuschöpfen.

Es sollen darüber hinaus Anstöße für die Einbeziehung wesentlicher neuer Bereiche in die europäische Zusammenarbeit gegeben werden: In die außenpolitische Zusammenarbeit sollten auch Fragen der Sicherheitspolitik aufgenommen werden. Die Stimme Europas muß gerade in diesen Tagen deutlicher zu hören sein.

Wir sind uns bewußt, daß wir gerade hierbei mit Umsicht vorgehen müssen. Aber die Einbeziehung der politischen und wirtschaftlichen Dimensionen europäischer Sicherheit in die werdende gemeinsame Außenpolitik halten wir für unverzichtbar. Dazu gehören:

- die gemeinsame Analyse weltweiter und regionaler Gefahren für die Sicherheit der Gemeinschaft,
- die Entwicklung aktiver globaler Politiken der Zehn, die solchen Gefahren entgegenwirken und dabei auch die wirtschaftliche Sicherheit der Gemeinschaft und ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleisten helfen,
- die Verbesserung der Fähigkeit der Zehn, in Abstimmung mit anderen auf Krisen in der Welt dem gemeinsamen Interesse entsprechend zu reagieren,
- und schließlich und vor allem: die Entwicklung einer initiativen gesamteuropäischen Politik der Zehn, die, trotz der Teilung unseres Kontinents durch Dialog und Kooperation, durch Vertrauensbildung, durch Rüstungskontrolle und Abrüstung zu vereinbarter Stabilität auf der Grundlage eines Kräfteausgleichsgewichts und schließlich zu einer europäischen Friedensordnung hinführt, für die sie die politischen und wirtschaftlichen Dimensionen zu entwickeln hat.

Europa endet für uns nicht an den Grenzen der Gemeinschaft und nicht an den Grenzen der Staaten des Europarats, Europa, das ist das Schicksal aller europäischen Völker. Dieses Europa müssen wir über ideologische Grenzen hinweg als die große Friedensaufgabe begreifen. Das kraftvolle Bekenntnis der jungen Generation, und nicht nur dieser, zum Frieden ist ein Zeichen europäischer Identität, die ungeachtet der politischen Ordnungen wächst, auch wenn es sich in den europäischen Demokratien deutlicher artikulieren kann als in anderen Staaten unseres Kontinents. Überall ist diese Form europäischer Identität im Wachsen.

Ein Voranschreiten der Außenpolitik der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in die Bereiche der Sicherheitspolitik muß immer verbunden sein mit einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den nordamerikanischen Demokratien, mit denen wir im Atlantischen Bündnis zu einer Wertgemeinschaft und einer Schicksalsgemeinschaft der Freiheit verbunden sind. Lassen Sie mich an dieser Stelle hinzufügen, meine Damen und Herren: Es hilft nicht viel weiter, wenn sich die Europäer über mangelnde Berücksichtigung ihrer Interessen beklagen, aber nicht die Fähigkeit entwickeln, diese Interessen gemeinsam zu definieren.

Die Rede, die Präsident Reagan gestern gehalten hat, ist ein eindrucksvolles Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten zur Wert- und Sicherheitsgemeinschaft des Nordatlantischen Bündnisses. Präsident Reagan hat nachdrücklich den Friedens- und Verhandlungswillen der Vereinigten Staaten unterstrichen und konkrete Vorschläge zu Abrüstung und Zusammenarbeit gemacht, was wir voll unterstützen. Es ist damit eine Chance eröffnet worden, zu realistischen Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens zu kommen.

Wir appellieren an die Sowjetunion, diese Vorschläge ernst zu nehmen und sie positiv zu beantworten.

Der zweite Bereich, den es der europäischen Zusammenarbeit hinzuzufügen gilt, ist der Bereich der Kultur. Europäische Kultur den Bürgern in den Mitgliedsländern durch eine enge und systematische kulturelle Zusammenarbeit vor Augen zu stellen, ist eine Aufgabe, die ganz wesentlich dazu beitragen kann, das Bewußtsein der europäischen Identität und mit ihm den Zusammenhalt Europas zu stärken. Die Idee einer Europäischen Stiftung sollten wir endlich in die Wirklichkeit umsetzen.

Der dritte Bereich, die Harmonisierung und Vereinheitlichung weiterer Bereiche der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten, soll das gemeinsame Rechtsbewußtsein stärken. Dieser justizpolitischen Zusammenarbeit im Rat der Justizminister der Mitgliedstaaten kommt wegen der gemeinschaftsbildenden Kraft eines einheitlichen europäischen Rechtsraums eine besondere Bedeutung zu.

Als vierten Bereich, in dem wir dazu auffordern, Neuland zu betreten, nenne ich schließlich eine

europäische Zusammenarbeit in Fragen der inneren Sicherheit und insbesondere in der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus.

Ausreichende Fortschritte in dieser Zusammenarbeit würden uns zugleich dem wichtigen Ziel näher bringen, die Kontrolle an den Grenzen für den Personenverkehr abzuschaffen. Durch nichts würde Europa den Bürgern in ihrem alltäglichen Leben sichtbarer und fühlbarer als durch eine solche Art der „Aufhebung“ der Grenzen.

Zur deutsch-italienischen Initiative gehört auch der Entwurf einer Erklärung zu Fragen der wirtschaftlichen Integration. Er stellt Zielvorstellungen der gemeinschaftlichen Politik auf, insbesondere: funktionsfähiger Binnenmarkt, wachsende Konvergenz der Volkswirtschaften, engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems und Vollendung der Süderweiterung. Das soll den Mandatsverhandlungen in Brüssel nicht vorgreifen, sondern den Gesamtzusammenhang zwischen allen Bereichen des europäischen Einigungsprozesses zusätzlich unterstreichen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie mit dem Ziel, das die deutsch-italienische Initiative verfolgt, übereinstimmen.

Ich könnte mir denken, daß dieses Hohe Haus am ehesten kritisieren wird, daß unser Entwurf für eine Europäische Akte nicht weit genug geht. Wir sollten aber die Wirkungen der Initiative nicht geringschätzen. Wenn unsere Vorschläge von den Mitgliedsländern gebilligt und verwirklicht werden, hätten wir auf dem Weg zur Europäischen Union einen Schritt voran getan, von dem eine Eigendynamik zu weiteren Fortschritten ausgehen könnte.

Wir haben den Entwurf für die europäische Akte bewußt auf Vorschläge beschränkt, die nach unserer Überzeugung heute unter den Mitgliedsländern konsensfähig sind. Wir haben nicht das Wünschbare postuliert sondern uns bemüht, das Erreichbare zu formulieren.

Aus gescheiterten Ansätzen vergangener Zeiten haben wir gelernt, daß die Einigung nur Schritt für Schritt in einem kontinuierlichen Prozeß erreicht werden kann, und daß jeder verfrühte Versuch eines großen Sprungs uns eher zurückwerfen würde. Wären wir allein unseren Wünschen gefolgt, so hätten wir höher gezielt.

Teil unserer ursprünglichen Überlegung war vor allem, einen förmlichen Vertrag über die Europäische Union vorzuschlagen - einen Vertrag also, der das in der Europäischen Union Erreichte nicht nur politisch, sondern auch rechtlich verbindlich macht. Dieses Ziel aber wäre heute und kurzfristig kaum zu verwirklichen. Wir haben es indessen nicht aufgegeben. Wir schlagen in dem Entwurf der Akte vor, daß die Mitgliedstaaten die Europäische Akte fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung einer allgemeinen Überprüfung unterziehen und sich dabei das Ziel eines Vertrages über die Europäische Union setzen.

Worauf es aber jetzt, in diesem kritischen Zeitpunkt in Europa ankommt, ist: den politischen Einigungsprozeß wieder in Bewegung zu bringen. Wir wollen jetzt, daß der bevorstehende Europäische Rat in London von der Initiative Kenntnis nimmt und über das weitere Verfahren für die Behandlung des Entwurfs einer Europäischen Akte entscheidet.

Wir hoffen, daß sich auch dieses Hohe Haus mit dem Entwurf der Europäischen Akte genauer befassen und Vorschläge zu seiner Verbesserung machen wird. Wir sehen in der aktiven Unterstützung unserer Initiative durch das Europäische Parlament eine entscheidende Voraussetzung für ihren Erfolg.

Frau Präsidentin, nur vereint in einer handlungsfähigen Europäischen Union werden unsere Demokratien den großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der heutigen Welt gewachsen sein. Aber es gilt umgekehrt nicht weniger: Auch die Welt braucht eine handlungsfähige Europäische Union. Europas geschichtliche Rolle ging nicht 1945 zu Ende, Aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges erhob sich vielmehr ein neues Europa, das sich zuerst im Europarat fand.

Die Bedeutung dieser ältesten Gemeinschaft der demokratischen Länder Europas ist bis heute unverändert:

die wichtige Funktion des Europarats als umfassendstes Forum des demokratischen Europa, als Hüter der humanitären Werte, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Wir sehen im Europarat die Brücke zwischen denjenigen europäischen Demokratien, die am Einigungswerk der Staaten der Europäischen Gemeinschaft nicht teilnehmen können oder wollen und der sich wirtschaftlich und politisch organisierenden Zehner-Gemeinschaft.

Der politische Zusammenschluß des Europa der Zehn zur Europäischen Union sollte begleitet sein von einer Aktivierung des Europarates. Wir sollten die Zusammenarbeit im Wege des politischen Meinungsaustauschs durch gegenseitige Information und Konsultation intensivieren. Das demokratische Europa kann von einer solchen Zusammenarbeit nur gewinnen.

Frau Präsidentin, nur vereint in einer handlungsfähigen Europäischen Union können die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu der großen Aufgabe, die auch über unsere eigene Zukunft entscheidet, den Beitrag leisten, den die Welt von uns erwartet und auf den angewiesen ist:

Dieses Europa der Zehn steht für Frieden und friedliche Regelung von Konflikten. Es steht für Selbstbestimmung aller Völker und Unabhängigkeit aller Staaten. Es steht für eine weltweite Verwirklichung der Menschenrechte, der politischen Freiheitsrechte ebenso wie der sozialen und der kulturellen Rechte. Es steht für gleichberechtigte regionale Zusammenarbeit und es gibt selbst ein Vorbild für solche Zusammenarbeit. Und es steht für die Entwicklung einer weltweiten Ordnung der Partnerschaft, in der die Staaten im Bewußtsein ihrer Interdependenz, in Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und solidarisch zusammenarbeiten. Nur vereint aber wird dieses Europa die Kraft haben, diese Ziele und Werte wirksam zur Geltung zu bringen.